

N i e d e r s c h r i f t

über die Sitzung des Rechnungsprüfungsausschusses gemeinsam mit dem Betriebsausschuss Städtisches Klinikum am 10.06.2026

Sitzungsbeginn: 16:37 Uhr
Sitzungsende: 18:47 Uhr
Sitzungsort: Städtisches Klinikum, großer Seminarraum, Haus 1a, Auenweg 38, 06847 Dessau-Roßlau

Teilnehmer/-innen: siehe Anwesenheitsliste

Die Tagesordnungspunkte 1 bis 5 werden in gemeinsamer Sitzung mit dem Betriebsausschuss Eigenbetrieb Städtisches Klinikum Dessau behandelt.

Öffentliche Tagesordnungspunkte

1 Eröffnung der Sitzung, Feststellung der ordnungsgemäßen Einladung und der Beschlussfähigkeit

Herr Dr. Reck, Vorsitzender des Betriebsausschusses Städtisches Klinikum Dessau begrüßt die Ausschussmitglieder und Gäste. Im Weiteren wird die form- und fristgerechte Ladung und Beschlussfähigkeit mit **10 von 10** anwesenden Ausschussmitgliedern festgestellt.

Herr Mrosek, Vorsitzender des Rechnungsprüfungsausschusses begrüßt im Anschluss die Ausschussmitglieder und Gäste und stellt die Beschlussfähigkeit des Rechnungsprüfungsausschusses mit **6 von 9** stimmberechtigten Mitgliedern fest. Die Einladung und die dazugehörigen Sitzungsunterlagen wurden form- und fristgerecht ausgereicht.

Herr George, Fraktion Bündnis 90/DIE GRÜNEN stimmt gleichzeitig in Vertretung für **Herrn Marahrens**, Fraktion Bündnis 90/DIE GRÜNEN für den Rechnungsprüfungsausschuss ab.

Herr Brozowski, Fraktion Freies-Bürger-Forum stimmt in Vertretung für **Herrn Weber**, Fraktion Freies-Bürger-Forum ab.

Frau Müller, Fraktion der CDU erschien 16:39 Uhr zur gemeinsamen Sitzung und stimmt ab Punkt 2 ab. Somit sind **7 von 9** stimmberechtigte Ausschussmitglieder anwesend.

2 Bestätigung der Tagesordnung

Herr Dr. Reck, Vorsitzender des Betriebsausschusses Städtisches Klinikum Dessau beantragt zur vorliegenden Tagesordnung folgende Änderung:
Verlegung T 4.3 - Entlastung der Betriebsleitung 2025 in den nichtöffentlichen Teil der Sitzung, da auch Personalangelegenheiten berührt werden.

Es werden keine weiteren Änderungs- und/oder Ergänzungswünsche vorgebracht.

Der geänderten Tagesordnung wird zugestimmt.

Abstimmungsergebnis:

Rechnungsprüfungsausschuss:	7 / 0 / 0 - einstimmig
Betriebsausschuss Städtisches Klinikum Dessau:	10 / 0 / 0 - einstimmig

3 Einwohnerfragestunde

Es werden keine Anfragen vorgebracht.

Herr Rumpf, Fraktion der CDU erschien 16:42 Uhr zur gemeinsamen Sitzung. Somit sind **8 von 9** stimmberechtigte Ausschussmitglieder anwesend.

4 Öffentliche Beschlussvorlagen

4.1 Jahresabschluss 2025 des Eigenbetriebs Städtisches Klinikum Dessau Vorlage: BV/122/2026/I-SKD

Der Wirtschaftsprüfer Herr Robbers berichtet, dass die Jahresabschlussprüfung ohne Einwendungen abgeschlossen wurde. Das Jahresergebnis 2025 beträgt -21,3 Mio. Euro und verbesserte sich gegenüber dem Vorjahr um 9,3 Mio. Euro. Die Verbesserung wurde überwiegend operativ erzielt, während positive Sondereffekte deutlich geringer ausfielen als im Vorjahr.

Die Umsatzerlöse überschritten erstmals 200 Mio. Euro und stiegen auf knapp 206 Mio. Euro. Wesentliche Treiber waren höhere Erlöse aus stationären Leistungen sowie die weiter wachsende ambulante Versorgung.

Der Personalaufwand erhöhte sich um 9,2 Mio. Euro aufgrund tariflicher Steigerungen und dem Ausbau eigener Personalkapazitäten zugunsten des Abbaus externen Leihpersonals (Reduzierung um mehr als 5 Mio. Euro).

Die Sachkosten gingen insgesamt um 5,3 Mio. Euro zurück, während der medizinische Sachaufwand trotz steigender Leistungszahlen stabil blieb.

Investitionen von rund 10 Mio. Euro flossen insbesondere in Medizintechnik, Ausstattung und Baumaßnahmen. Die Forderungslaufzeit konnte von 57 Tagen in 2024 auf nun 42 Tage reduziert werden und liegt wieder auf Branchenniveau.

Die Liquidität bleibt angespannt, ist jedoch stabil. Die eingeleiteten Sanierungsmaßnahmen zeigen Wirkung. Risiken bestehen weiterhin durch Fachkräftemangel, steigende Personalkosten und die Entwicklung der Krankenhausfinanzierung.

Für 2026 wird erneut ein negatives Ergebnis erwartet, allerdings unter dem Niveau des Jahres 2025. Die Wirtschaftsprüfungsgesellschaft bewertet die Situation aufgrund der Rechtsform Eigenbetrieb als entwicklungsbeeinträchtigend, jedoch nicht bestandsgefährdend.

Der Bestätigungsvermerk zum Jahresabschluss wurde uneingeschränkt erteilt. Fehler im Jahresabschluss seien nicht festgestellt worden. Hinweise auf eine Bestandsgefährdung seien aus Sicht der Wirtschaftsprüfungsgesellschaft nicht erforderlich gewesen.

Im Namen des Betriebsausschusses und des Rechnungsprüfungsausschusses danken **Herr Eichelberg und Herr Mrosek** der Betriebsleitung sowie allen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern für ihr Engagement und die positive wirtschaftliche Entwicklung des Klinikums.

Herr Eichelberg fragt nach den Auswirkungen der Krankenhausreform und des GKV-Beitragsstabilisierungsgesetzes auf die geplante GmbH-Gründung.

Herr Robbers erläutert, dass insbesondere Zusatzversorgungsverpflichtungen im TVöD-Bereich zu beachten seien. Vergleichbare Fragestellungen seien bereits bei früheren Strukturveränderungen aufgetreten. Für die bereits gebildete Rückstellung von 1,2 Mio. Euro aus der Übernahme des Diakonissenkrankenhauses werde derzeit kein wesentliches Risiko gesehen.

Zum GKV-Beitragsstabilisierungsgesetz führt er aus, dass unter anderem verschärfte Prüfungen, begrenzte Vergütungssteigerungen und Kürzungen bei der Finanzierung des Pflegepersonals vorgesehen seien. Dies würde die wirtschaftliche Situation der Krankenhäuser erheblich verschlechtern. Zusätzliche Leistungen und weitere Sachkosteneinsparungen böten nur begrenzte Gegensteuerungsmöglichkeiten. Die Auswirkungen könnten derzeit noch nicht abschließend bewertet werden, machten jedoch weitere Prozessoptimierungen und strategische Anpassungen erforderlich. Er rechnet mit Auswirkungen im Bereich bis 5% des Umsatzes.

Herr Saft ergänzt, dass sich für das Klinikum nach aktuellen Berechnungen allein im kommenden Jahr ein zusätzlicher negativer Ergebniseffekt von rund 10 Mio. Euro ergeben würde.

Herr Eichelberg fragt, welche Folgen die geplante gGmbH-Gründung unter diesen Rahmenbedingungen hätte.

Herr Robbers erläutert, dass die Geschäftsführung einer GmbH verpflichtet sei, die Zahlungsfähigkeit anhand einer 24-monatigen Planung sicherzustellen. Bei anhaltenden Verlusten müssten finanzielle Unterstützungen des kommunalen Gesellschafters rechtlich verbindlich abgesichert sein. Haushaltsansätze oder mündliche Zusagen seien hierfür nicht ausreichend.

Auf Nachfrage erklärt er, dass Patronatserklärungen grundsätzlich möglich seien, von Rechtsaufsichtsbehörden jedoch kritisch betrachtet würden und oft nicht ausreichen. Daher seien frühzeitige Abstimmungen mit der Rechtsaufsicht erforderlich.

Der Oberbürgermeister Herr Dr. Reck fragt, ob die derzeitige Bettenkapazität von 728 Betten weiterhin erforderlich sei und erkundigt sich nach Zahlungsausfällen sowie den Folgen der Ambulantisierung.

Herr Saft erläutert, dass die Reduzierung auf 500 Betten zwar beschlossen wurde, derzeit jedoch zurückgestellt sei. Hintergrund ist die unmittelbar nach damaliger Beschlussfassung verschobene Zuteilung der Leistungsgruppen in Sachsen-Anhalt. Ohne das zukünftige Leistungsspektrum definiert zu wissen, wird die Anpassung von Betten ebenfalls verschoben. Abschließend betont er, dass sich die Personalplanung an der tatsächlichen Patientenzahl orientiere. Nicht belegte Betten verursachten daher keine nennenswerten zusätzlichen Personalkosten.

Herr Prof. Herborn erläutert, dass Ambulantisierungspotenziale grundsätzlich vorhanden seien, hierfür jedoch die notwendigen ambulanten Versorgungsstrukturen fehlten. Viele Patientinnen und Patienten seien aufgrund von Alter, Begleiterkrankungen oder fehlender häuslicher Versorgung weiterhin auf stationäre Behandlung angewiesen. Die durchschnittliche Verweildauer liege bereits nur noch bei etwa 5,5 bis 6 Tagen. Dies gilt umso mehr für die Region Anhalt.

Eine weitreichende Ambulantisierung entspreche daher derzeit nicht den tatsächlichen Versorgungsbedingungen in der Region.

Herr Saft ergänzt, dass bundesweite Durchschnittswerte die besondere Altersstruktur und hohe Multimorbidität der Bevölkerung in Dessau-Roßlau nicht ausreichend berücksichtigen. Diese Faktoren begrenzten die Möglichkeiten zur Verlagerung stationärer Leistungen in den ambulanten Bereich erheblich.

Ein Stadtrat fragt nach möglichen Verpflichtungen gegenüber der Zusatzversorgungskasse im Zusammenhang mit der gGmbH-Gründung.

Herr Robbers erläutert, dass dies von der konkreten Ausgestaltung der Umwandlung abhängt. Beim Ausscheiden aus dem Versorgungssystem könnten Ausgleichszahlungen anfallen. Eine Fortführung der Mitgliedschaft durch die gGmbH könne eine unmittelbare Liquiditätsbelastung vermeiden. Die tatsächlichen Auswirkungen seien derzeit noch nicht abschließend bewertbar und sollten rechtlich umfassend begleitet werden.

Der Oberbürgermeister Herr Dr. Reck fragt, ob durch unveränderte Instandhaltungsaufwendungen ein Sanierungsstau aufgebaut werde.

Herr Saft erläutert, dass keine sicherheitsrelevanten oder betriebsnotwendigen Maßnahmen zurückgestellt würden. Einsparungen erfolgten ausschließlich in Bereichen ohne Auswirkungen auf Patientenversorgung und Arbeitssicherheit, etwa bei Außenanlagen, Parkflächen oder Ersatzbeschaffungen.

Abschließend betont er, dass alle gesetzlichen und technischen Anforderungen erfüllt würden. Langfristig könne jedoch ein zusätzlicher Instandhaltungsbedarf entstehen.

Der mit einem uneingeschränkten Bestätigungsvermerk versehene Jahresabschluss 2025 einschließlich Lagebericht des Städtischen Klinikums Dessau mit einer Bilanzsumme in Höhe von 149.044.507,54 EUR und einem Jahresfehlbetrag in Höhe von 21.283.230,14 EUR wird festgestellt.

Abstimmungsergebnis:

Rechnungsprüfungsausschuss:	8 / 0 / 0 - einstimmig
Betriebsausschuss Städtisches Klinikum Dessau:	10 / 0 / 0 - einstimmig

4.2 Jahresabschluss 2025 des Eigenbetriebs Städtisches Klinikum Dessau – Behandlung Jahresfehlbetrag **Vorlage: BV/123/2026/I-SKD**

Es wird beschlossen, den Fehlbetrag in Höhe von 21.283.230,14 EUR entsprechend § 13 Eigenbetriebsgesetz LSA aus dem Haushalt der Stadt Dessau-Roßlau auszugleichen.

Abstimmungsergebnis:

Rechnungsprüfungsausschuss:	8 / 0 / 0 - einstimmig
Betriebsausschuss Städtisches Klinikum Dessau:	10 / 0 / 0 - einstimmig

5 Schließung der gemeinsamen Sitzung

Der gemeinsame Teil der Sitzung des Betriebsausschusses Städtisches Klinikum Dessau und des Rechnungsprüfungsausschusses wird um 18:15 Uhr geschlossen.

6 Weiterführung der Sitzung des Rechnungsprüfungsausschusses

Der Rechnungsprüfungsausschuss führt die Sitzung mit 6 anwesenden Mitgliedern im separaten Teil weiter. Die Herren George und Brozowski nehmen nicht weiter an der separaten Sitzung des Rechnungsprüfungsausschusses teil.

7 Genehmigung der Niederschrift vom 07.04.2026

Der Vorsitzende des Rechnungsprüfungsausschusses, **Herr Mrosek** stellt die Niederschrift vom 07.04.2026 zur Abstimmung.

Hierzu gibt es von den stimmberechtigten Mitgliedern keine Änderungswünsche bzw. Hinweise.

Abstimmungsergebnis:

Rechnungsprüfungsausschuss: 6 / 0 / 0

Die Niederschrift ist damit bestätigt.

8 Bekanntgabe der Beschlüsse nichtöffentlicher Sitzungen des Gremiums

Herr Mrosek informiert darüber, dass in der Sitzung des Ausschusses am 07.04.2026 keine nichtöffentlichen Beschlüsse gefasst wurden.

9 Anfragen und Informationen der Fraktionen und Beigeordneten

Herr Marquardt führt zum geplanten Termin 10.11.2026, gemeinsam mit dem Betriebsausschuss EB Stadtpflege vorab aus, dass dieser entgegen der Ankündigung nun voraussichtlich am **08.09.2026** stattfindet. **Herr Mrosek** erklärt sein Einverständnis und teilt mit, dass voraussichtlich in seiner Abwesenheit sein Vertreter die Sitzungsleitung übernehmen wird.

11 **Schließung der Sitzung**

Herr Mrosek bedankt sich bei den Ausschussmitgliedern und beendet um 18:47 Uhr die Sitzung des Rechnungsprüfungsausschusses.

Dessau-Roßlau, 11.08.26

Andreas Mrosek
Vorsitzender Rechnungsprüfungsausschuss

S. Tiedtke/ S. Winter
Protokollantinnen